Fragen zur Asylpolitik:

1. Viele Asylwerber müssen noch immer jahrelang auf die Entscheidung der Behörden warten. Sollte es Ihrer Meinung nach für Asylwerber mehr Möglichkeiten zum Arbeiten geben?

Asylwerbern mehr Möglichkeiten geben zu arbeiten, ist meines Erachtens ein MUSS. Nicht nur, dass damit Sozialbudgets geschont werden, sondern vor allem auch, dass die Integration besser funktioniert. Egal, ob der Asylbescheid dann positiv oder negativ ist.

2. Würden Sie sich dafür einsetzen, dass Asylwerber in Lehre trotz negativem Bescheid nicht abgeschoben werden und nach Abschluss der Ausbildung ein Aufenthaltsrecht in Österreich erhalten?

Inzwischen wird dies von vielen Parteien gefordert, selbstredend auch von der SPÖ. Wir haben einen Fachkräftemangel in Vorarlberg, der möglichst schnell abgebaut werden muss. In diesen Berufen machen bereits zahlreiche Asylwerber eine Ausbildung. Warum sollte man Sie also nicht in Ihrem Beruf weiterarbeiten lassen? Wollen wir dann auf einen neuen Fachkräftemangel hinsteuern, obwohl wir sie hätten?

3. Wie beurteilen Sie die aktuellen Regelungen für die Mindestsicherung/Sozialhilfe? Finden Sie eine Deckelung für Familien und die Bindung an das Sprachniveau B1 grundsätzlich gerechtfertigt?

Die Deckelung für Familien ist unsererseits eine Schlechterstellung von Kindern. Denn ab dem dritten Kind gibt es nur noch 45 Euro pro Monat. Damit kann man nicht einmal Windeln, geschweige denn Essen, für die Kinder kaufen. So viel zu den Aussagen, jedes Kind ist gleich viel wert. Die Bindung an das Sprachniveau B1 ist zurückzuweisen. Hier wird Sozialpolitik mit Fremdenrecht vermischt. Zudem: Das Sprachniveau B1 braucht man für den Erwerb der Staatsbürgerschaft!

4. Wie soll das "humanitäre Bleiberecht" in Zukunft gestaltet werden? Wer soll dafür zuständig sein?

Das "humanitäre Bleiberecht" soll wieder zurück in Landeshand. Denn vor Ort sind die Entscheidungen genauer und menschlicher.

5. Finden Sie es richtig, Menschen bei der derzeitigen Sicherheitslage nach Afghanistan abzuschieben?

Afghanistan ist meiner Meinung nach wie vor ein unsicheres Land. Die Zahl der Anschläge ist wieder am Steigen. Trotz des Rückübernahme-Abkommens vom Herbst 2016 zwischen der EU und Afghanistan und trotz dieses Abkommens bekamen afghanische Flüchtlinge im Jahr 2017 zu 80 % einen Aufenthaltstitel (Asyl oder subsidiärer Schutz). Dies zeigt eindeutig, dass Afghanistan ein zutiefst gefährliches Land ist.

Reinhold Einwallner